



## Ehrung des Opfers der Faschisten, während ihr Henkersknecht im Senat sitzt?

Sehr geehrte Herren!  
Aufmerksam lesen wir in der Ausgabe Ihrer Zeitung vom 11. Mai 1962 den Beitrag, in dem über die Verleihung des Namens Professor Adolf Reichwein an ein Marburger Studentenheim und eine Schale berichtet wird, womit — wie in Ihrem Beitrag angedeutet ist — jetzt endlich jahrelange Bemühungen der fortschrittlichen Studenten Erfolg hatten. Jeder aufrechte Wissenschaftler und Student, der von der führenden Rolle des Wirtschaftswissenschaftlers und Pädagogen Prof. Reichwein in der Erwachsenenbildung vor 1933 und von seinem mutigen Widerstandskampf gegen die faschistische Barbarei weiß, gegen die Opfer er wurde, wird sehr begrüßen, daß das Gedenken an ihn, der in Marburg studierte und promovierte, auf diese Weise

wachgehalten wird; daß mit ihm Wissenschaftlern und Studenten der Philipps-Universität ein Vorbild gegeben wird.  
Doch ist es nicht zugleich erschreckend zu wissen, daß einer von denen, die die Gesetze erwidern und kommentieren, nach denen solche aufrechte Patrioten wie Prof. Reichwein dem Henke überliefert wurden, eine führende Position an der Marburger Universität einnimmt? Hitlers Militärmittelführer Prof. Dr. Erich Schwinge, intellektueller Urheber unzähliger Justizmorde, ist Mitglied des Akademischen Senats, ist Dekan der Staats- und Rechtswissenschaftlichen Fakultät ihrer Universität. Man könnte das eine Groteske nennen, wäre es nicht bitter ernst.  
Wir meinen, um zu verhindern, daß noch einmal die Schwinge und ihre Auftrag-

geber, deren „wissenschaftliche“ Büttel sie sind, mit ihrem Programm der Revanche zum Zuge kommen, sollte man Prof. Reichwein nicht nur so ehren wie geschehen, sondern vor allem, indem man so mutig wie er und so konsequent — wir denken dabei besonders an seine Zusammenarbeit mit Kommunisten — handelt. Sie zitieren treffend seine Worte: „Was der Mangel an Kampfgelüfte für Versäumnisse heraufbeschwört, habe ich in meinem Leben nachdrücklich erfahren.“  
Wer heute aber in Westdeutschland nichts versäumen, sondern seiner Verantwortung gerecht werden will — und die Wissenschaftler wie die akademische Jugend haben eine hohe Verantwortung zu, der muß erkennen: Die Uhr der Adenauer, Strauß und Brandt ist schon lange abgelaufen. Aber sie wollen ihre Politik wie einst Hitler bis fünf nach zwölf fortsetzen, unbekümmert darum, daß damit die Existenz der deutschen Nation aufs Spiel gesetzt wird.

## Nicht hinter den Reagenzgläsern verstecken!

Fortsetzung von Seite 1)  
Es wird so lange durcheinandergewirrt, solange es bei Ihnen zu Hause beim alten Meißel „Ultras“ sind nicht zuerst die Achtzöcherlinge in Berlin-W., sie sitzen auch zur Genüge bei Ihnen an der Universität. Und es ist nicht überspitzt zu sagen, es liegt an Ihren Köpfe, wenn Sie denen keine freie Hand lassen!  
Wir wollen Chemiker werden — Sie und wir hier in der DDR. Wir können uns nicht hinter unseren Reagenzgläsern vor der „Jahres Welt“ verstecken. Vor uns steht die Entscheidung: Was soll aus unserem Wissen werden — Fluch oder Segen der Menschheit?  
Da gibt es einen Briefwechsel zwischen I. G. Farben und dem KZ Auschwitz. Im vierten Brief heißt es: „Erhielten den Auftrag für 150 Frauen. Trotz ihres abgeehrten Zustandes wurden sie als zufriedenstellend befunden. Wie werden Sie bezüglich der Entwicklung des Experiments auf dem Laufenden halten.“ Im fünften Brief: „Die Versuche wurden gemacht. Alle Personen starben. Wir werden uns bezüglich einer neuen Sendung bald mit Ihnen in Verbindung setzen.“ ISS im Einsatz, herausgegeben vom Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR, Krongruß-Verlag Berlin, 1957, S. 459-60.  
Diese Verbrechen sind noch nicht genug. Die Nervengasparatologen der I. G. Farben Ambros, Hörlin, Schrader, Wirth u. a. sind unter Adenauer wie unter Hitler am Werk. Sollte Ihnen das nicht zu denken geben? Wir jedenfalls haben beizulegen die Lehren aus solchen „Traditionen“ gezogen. Zu unserem Studium gehört das Streben nach einer klaren politischen Erkenntnis

und der Kampf um ihre Verwirklichung. Wir meinen, das sollte auch von unseren westdeutschen Kommilitonen beherzigt werden, zumal auch an den Hochschulen und Universitäten Westdeutschlands vieles zu verändern ist, durch Ihren Kampf wohlgedemutigt, damit sich dort eine dem Frieden und der Verständigung dienende Wissenschaft frei entfalten kann. Sie dürfen nicht die Augen davor verschließen, daß Strauß auch an den Universitäten seine Politik vertritt. Was haben „Wehrforschungen“ für die alten Hitlergenerale an humanistischen Bildungstätigkeiten zu suchen? Warum dürfen die sogenannten Hochschulgruppen für Wehrkunde die Ideologie des Krieges unter den westdeutschen Studenten verbreiten, wie lange sehen Sie noch zu, daß Rechtfertiger von Kriegsverbrechen, wie z. B. Prof. Dr. Wahl von Ihrer Juristischen Fakultät, um nur einen zu nennen, heute wieder Studenten erziehen? — Im Besonderen sollen die Erscheinungen des Militarismus an Ihrer Universität und darüber hinaus im Unterstufenbereich all der Kräfte, die heute für Abrüstung und Verständigung, für die Sicherung des Friedens in beiden deutschen Staaten eintreten — darin besteht Ihre große nationale Verantwortung. Diese gemeinsamen Ziele einzigen uns. Ihnen gilt es alle anderen bestehenden Verschiedenheiten in den Auffassungen unterzuordnen. Wir sind bereit dazu, und meinen, daß es nützlich und notwendig wäre, darüber zu beraten. Kommen wir doch zusammen, um zu dokumentieren, daß die Studenten beider Universitäten gemeinsam den Weg in eine friedliche und glückliche Zukunft der Nation beschreiten wollen.

In Berlin unternahmen diese Wahnwitzlinge, die sich in ausgewiesenen Dilemma befinden und denen selbst ihre Verbündeten nicht mehr folgen, den Versuch, mit den Praktiken der OAS gegen die Realitäten, gegen die DDR anzukämpfen. Es sind die letzten, aber gefährlichen Zuckungen der „Politik der Stärke“, der Politik der Bankrotture. Wir lassen uns dadurch nicht beirren, aber die Schüsse und die Bombenanschläge in Berlin sollen allen westdeutschen Bürgern ein ernstes Signal sein. Denn die Zeit bis fünf Minuten nach zwölf untätig verschieben zu lassen, hieße so lange zu warten, bis auch in Westberlin und in Marburg die Plastikbombeder Adenauer-Brandt-OAS explodieren, um alle die zu terrorisieren und auszuschalten, die den Weg ins Verderben nicht mehr mitgehen wollen. Den Feinden der Verständigung und der Koexistenz das Handwerk zu legen bedeutet nicht zuletzt die eigene Sicherheit aller westdeutschen Bürger.  
Um das Verständnis Prof. Reichwein zu erfüllen, um nicht-Versäumnisse mit unabsehbaren Konsequenzen heraufbeschwören, ist es dringend erforderlich, den Mördern in den Arm zu fallen. Prof. Dr. Schwinge ist einer von ihnen — einer von solchen „Juristen“, die Salan den Kopf reteten. Sein Salan heißt Simon. Wir fragen Sie: Wie lange können Sie es noch mit ansehen, daß dieser Schwinge Junge Menschen erzieht?  
Das sind unsere Gedanken zu dem genannten Artikel. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns Ihre Meinung dazu schreiben würden.

## Dokumente nationaler Politik der deutschen Arbeiterklasse (II)

Eines der hervorragendsten Dokumente nationaler Politik der deutschen Arbeiterklasse während des ersten Weltkrieges ist der AUFTRUF DER REICHSKONFERENZ DER SPARTAKUSGRUPPE vom 7. Oktober 1918.  
Die große nationale Bedeutung dieses Aufrufes bestand darin, daß er der deutschen Arbeiterklasse und darüber hinaus dem ganzen deutschen Volk den revolutionären Ausweg aus der Krisenperiode wies, in die die Bourgeoisie durch die Erschöpfung des imperialistischen Raub- und Eroberungskrieges die deutsche Nation gestürzt hatte.  
Durchdrungen von der historischen Erkenntnis, daß die wahren Feinde der deutschen Nation die eigenen Imperialisten und Militaristen sind, daß das Grundproblem der deutschen Nation in der Beendigung der Herrschaft des Imperialismus und der Schaffung eines friedlichen, demokratischen und sozialistischen Staates besteht, wies der Aufruf der Reichskonferenz der Spartakusgruppe vom 7. Oktober 1918 die reaktionären Lösungen vom imperialistischen Verteidigungskrieg zurück und orientierte die Masse auf die revolutionäre Beendigung des Krieges. Das „Resultat des Krieges hat in allen Ländern der Welt nicht nur die objektiven Grundlagen der Revolution verstärkt“, hieß es darin, „sondern den Zeitpunkt des unmittelbaren Beginnes der Revolution heraufgeführt.“  
Die Spartakusgruppe sah die Aufgabe des Aufrufes vom 7. Oktober 1918 darin, die unter den Bedingungen des Imperialismus einzigartig konsequent revolutionär und national handelnde Klasse, der Arbeiterklasse, Weg und Ziel für diese heingereifte entscheidende Klassenauseinandersetzung zu weisen. Das Proletariat wurde aufgerufen zum Kampf um die sofortige Beendigung des imperialistischen Krieges und um demokratische Rechte und Freiheiten sowie zur Entzignung der Monopolisten und Junker, um die Basis für Imperialismus, Militarismus und imperialistischen Krieg zu beseitigen. Im Aufruf vom 7. Oktober 1918 hieß es dazu:  
„Unbekümmert um Gesetze und Verordnungen ... muß das Proletariat mit allen Mitteln verlangen:  
1. Unverzügliche Freilassung aller derer, die für die Sache des Proletariats in den Gefängnissen und Zuchthäusern, sei es in Schutzhaft oder in Strafhaf, schmachten ...  
2. Die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes ...  
3. Die sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes ...  
Darüber hinaus hat das Proletariat zu fordern:  
1. Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen ohne Entschädigung,  
2. Entzignung des gesamten Bankkapitals der Bankwerke und Hüften, wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit, Festsetzung von Mindestlöhnen,  
3. Entzignung aller Groß- und Mittelgrundbesitze, Übergabe der Leitung der Produktion an Delegierte und Landarbeiter und Kleinbauern,  
4. Durchgreifende Umgestaltung des Heerwesens ...  
5. Abschaffung der Todes- und Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen.“

6. Übergabe der Lebensmittelverteilung an Vertrauensleute der Arbeiter.  
7. Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien.“  
Diese Forderungen entsprachen in ihrer Zielsetzung dem Beifzug des politischen Bewußtseins der Mehrheit der deutschen Arbeiter und waren geeignet, programmatische Grundlagen für eine breite nationale Bewegung gegen den Imperialismus, Militarismus und imperialistischen Krieg zu sein und somit die Mehrheit der Arbeiterklasse und breite werktätige Schichten an die proletarische Revolution heranzuführen.  
In Übereinstimmung mit der Leninischen Revolutionstheorie wies der Aufruf vom 7. Oktober 1918 darauf hin, daß die Erfüllung der im Aufruf erbobenen Forderungen nur der erste Schritt sein kann, daß diesem Schritt der zweite, die proletarische Revolution, folgen muß, wenn das Proletariat seine geschichtliche Aufgabe — die Nation vom Imperialismus, Militarismus und imperialistischen Krieg zu befreien — erfüllen will. Dazu hieß es im Aufruf:  
„Proletariat, die Erreichung dieser Ziele bedeutet nicht die Erreichung eures Zieles, sie sind Prüfstein dafür, ob die Demokratisierung, die die herrschenden Klassen und deren Agenten euch vorlücken, echt ist. Der Kampf um die wirkliche Demokratisierung geht nicht um Parlament, Wählsrecht und Abgeordneterminister ... es gilt den realen Grundlagen aller Feinde des Volkes: Besitz an Grund und Boden und Kapital, Herrschaft über die bewaffnete Macht und über die Justiz.“  
Zur Lösung dieser Aufgabe forderte die Konferenz die revolutionären Massen auf, nach russischem Vorbild die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten sofort in allen Orten in Angriff zu nehmen.  
Der Aufruf der Reichskonferenz der Spartakusgruppe vom 7. Oktober 1918 war das einzig revolutionäre und damit zugleich nationale Programm, das im Vorabend der Novemberrevolution in Deutschland existierte. Es bestätigte die Richtigkeit der im nationalen Dokument getroffenen Feststellung, daß einzig und allein die Politik, wie sie vom Spartakusbund unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vertreten wurde, den wahren Interessen nicht nur der deutschen Arbeiterklasse, sondern des ganzen Volkes entsprach. Hätte dieser Kampf bereits 1918 zum historisch notwendigen Resultat geführt, dann gäbe es bereits seit Jahrzehnten im Herzen Europas ein sozialistisches Gesamtdeutschland — und millionenfaches Leid wäre Deutschland und der Menschheit erspart geblieben.

## Aus Briefen nach Marburg: Weg mit Schwinge!

Dr. Helmut Anders, Assistent am Institut für Staatstheorie und Staatsrecht an Prof. Dr. Emil Kießling:  
Als junger angehende Wissenschaftler im gleichen Fach wie Sie darf ich Sie fragen, wie ist es möglich, daß ein Mann wie Schwinge einen Lehrstuhl innehat, Dekan der Fakultät ist? Fühlen Sie sich nicht verpflichtet, Ihren Studenten etwas über die Praxis des Militärstraf- und Kriegsverbrechens bis fünf Minuten nach zwölf zu berichten, wofür der Dekan, Prof. Schwinge, doch die „rechtlichen“ Grundlagen erarbeitet?  
Sie sollten es tun, Herr Professor, selbst wenn es auf Kosten der älteren Rechtsgeschichte geht. Die jüngste „unbewältigte Vergangenheit“, wie man vornehm zurückhaltend in der Bundesrepublik sagt, verlangt sie nicht im Interesse der deutschen Nation endlich ihre Bewältigung? Gerade der Rechtshistoriker, meine ich, trägt dabei seine Verantwortung und Verpflichtung.

Die „Einheit“ der deutschen Wissenschaft ist also keineswegs eine Frage „persönlicher Kontakte“, hängen diese doch selbst von der Sicherung der friedlichen Koexistenz, von normalen Beziehungen im Sinne unserer Minimalforderungen an Westdeutschland ab.  
Die Schlussfolgerungen aus all diesen Darlegungen sind klar und eindeutig: Nur der Wissenschaftler in unserer Republik „handelt politisch und moralisch richtig, wenn er sich auf die DDR orientiert, sie durch seine Arbeit stärkt, ihr Achtung in der Welt verschafft und sich mit den Friedenskräften verbindet.“ Die Notwendigkeit dieses Zudenkens, d. h. sich über die politische und moralische Verantwortung klar zu werden, steht auch vor den Wissenschaftlern in Westdeutschland. Nur derjenige westdeutsche Wissenschaftler kann als ein

Kurt Schneider  
\*) Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 2, Dietz Verlag Berlin 1957, S. 230.  
\*) Die Forderung nach Entzignung des Mittelgrundbesitzes war politisch falsch. Mit Hilfe Lenins und der KPdSU wurde später im Programm der KPD der Fehler der Bündnisfrage korrigiert.  
\*) ebenda, S. 330-333.  
\*) ebenda, S. 333.  
\*) Werner Müller: Wissenschaft und Freiheit in beiden deutschen Staaten, Wiss. Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschaftswissenschaftliche und sprachwissenschaftliche Reihe, H. 5/1961, S. 885.  
\*) Prof. Hermann Klare: Die Würde der DDR-Gehobenen, Neues Deutschland vom 22. 12. 1961.  
\*) Prof. Kurt Bager: Heimstätte deutschen Denkens, Neues Deutschland vom 16. 12. 1961.

## Phantom „Einheit der deutschen Wissenschaft“ (Schluß)

# DDR - Heimstatt der deutschen Wissenschaft

Wer von den erstzunehmenden Wissenschaftlern in Deutschland vernom zu bezeugen, daß die soziale Stellung der Wissenschaft in beiden deutschen Staaten grundverschieden ist und daß allein in der DDR die richtigen Lehren aus der imperialistischen Vergangenheit gezogen wurden? Aber die Wissenschaft im ersten Arbeiter- und Bauern-Staat Deutschlands ging den historischen gesetzmäßigen Weg, sie wirkliche die echte Einheit der Wissenschaftsdisziplinen und aller Wissenschaftler, die DDR wurde zur geistigen Heimat aller humanistisch gesinnten Wissenschaftler in Deutschland. Niemand kann die Tatsache übersehen, daß die Wissenschaft in der DDR der westdeutschen Wissenschaft um eine ganze Epoche, um eine historisch notwendige Etappe, die auch die westdeutsche Wissenschaft durchlaufen wird, voraus ist. Alle antikomunistische Propaganda, alle Diffamierungsversuche der reaktionären Politik in Westdeutschland können nicht darüber hinwegtäuschen, daß unsere Wissenschaft in zunehmendem Maße die Zukunft der einheitslichen sozialistischen Wissenschaft im sozialistischen Gesamtdeutschland verkörpert, daß sie bereits heute in entscheidenden Fragen der westdeutschen Wissenschaft überlegen ist.

Theorie und Praxis, Wissenschaft und Handeln, sind in der DDR eine Einheit. Die Verwirklichung des Sozialismus ist unentbehrlich ohne die auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft. In diesem Sinne ist die Wissenschaft als Grundlage unserer Staatspolitik Voraussetzung für die Entfaltung der Schöpferkräfte unseres Volkes. Andererseits kann sich die Wissenschaft nur auf der Grundlage der politischen Macht der Arbeiter und Bauern, des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und der Planwirtschaft allseitig frei entfalten und entwickeln. Sozialistische Planwirtschaft und Freiheit der Wissenschaft bedingen einander. Denn mit der Überwindung der für den Kapitalismus typischen Anarchie

der Produktion, in der jeder unabhängig vom anderen, im Hinblick auf die gesamte Gesellschaft planlos und nach eigenem Ermessen produziert, werden auch die letzten klassenbedingten sozialen und erkenntnistheoretischen Schranken der Wissenschaft überwunden.“  
So werden die Natur- und technischen Wissenschaften in der DDR mehr und mehr zur unmittelbaren Produktivkraft, die Durchdringung der praktischen Tätigkeit mit wissenschaftlicher Erkenntnis weitet nicht nur den Gesichtskreis, sondern sie überwindet den Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit, sie entfaltet jene Selbsttätigkeit, in der der Mensch aus einem bloßen Objekt der Erziehung immer mehr zum Schöpfer seiner selbst wird. Wo man heute auch hinsieht und die Stellung der Wissenschaft in beiden deutschen Staaten konkret untersucht, immer wieder zeigt sich, daß die Wissenschaft in der DDR auf allen Gebieten Erzeugnisse aufzuweisen hat, die von wahrhaft nationaler Bedeutung sind und in zunehmendem Maße auch auf Westdeutschland ausstrahlen.

Darum ist die DDR auch zur wahren Heimstätte aller Großen, Schönen und Wahren unserer nationalen Vergangenheit geworden. Während die Ideologen des Bonner Obrigkeitstaates jederzeit bemüht sind, das progressive Erbe des deutschen Volkes zu verfälschen und zur Rechtfertigung ihrer schändlichen antinationalen Ziele mißbrauchen, während sie praktisch-politisch und ideologisch alle Werte des Humanismus in das Gegenteil verkehren, beweisen wir den Humanismus unserer gesellschaftlichen Ordnung, die Rechtmäßigkeit unseres Arbeiter- und Bauern-Staates und nicht zuletzt die große Überlegenheit unserer Wissenschaft auch dadurch, daß wir die fortschrittlichen Traditionen der Kultur unseres Volkes und des deutschen Geisteslebens nicht nur pflegen und fortsetzen, sondern sie auch gegen alle Verfälschungsversuche durch die historisch

überlebte und politisch reaktionäre bürgerliche Ideologie verteidigen und sie somit in ihrer wissenschaftlichen und wahrhaft nationalen Bedeutung bewahren.  
Die Überlegenheit unserer Wissenschaft beruht in hohem Maße auch auf ihrer festen Verbundenheit mit der Sowjetwissenschaft, mit den Wissenschaftlern der anderen sozialistischen Länder. Die nationale Frage ist bekanntlich eine Teilfrage der sozialistischen Revolution und in der DDR durch die Beseitigung des nationalen Grundwiderstands ein für allemal gelöst. So sehr wir uns mit den humanistisch gesinnten Wissenschaftlern in Westdeutschland verbunden fühlen und durchaus auch für Beziehungen eintreten, die der nationalen Würde unserer Wissenschaftler und dem humanistischen Anliegen der Wissenschaft entsprechen, so natürlich ist es doch, daß die gegenwärtigen Bindungen zu den Wissenschaftlern in den sozialistischen Ländern tausendmal stärker sind, weil hier die gesellschaftlichen Grundfragen und Ziele die gleichen sind.

Die Erfolge unserer Republik bei der sozialistischen Umgestaltung unseres Hochschulwesens und der Entwicklung aller wissenschaftlichen Disziplinen sind so offensichtlich geworden, sie haben das nationale wie internationale Ansehen unserer Wissenschaft so sehr gestärkt, daß die herrschenden Kreise in Westdeutschland in den vergangenen Jahren keinen anderen Weg mehr sahen, als den kalten Krieg auch in die noch vorhandenen Wissenschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten hineinzuwerfen. Deshalb ihr Aufruf zum wissenschaftlichen Boykott der Universitäten und Hochschulen unserer Republik, deshalb ihr Gerede von der „Preisgabe alter Hochschultraditionen“ in der DDR, von der „Politisierung“ und „Unfreiheit“ unserer Wissenschaft. Während sie sich in ihrem Wissenschaftsbereich in verstärktem Maße bemühen und bemühen, das letzte Minimum an humanistischem

Wollen und gesundem Menschenverstand durch „atommonopolistische Gesinnung“ und militaristischen Ungeist zu ersetzen, schrecken sie nicht davor zurück, bestehende Wissenschaftsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ihres friedlichen humanistischen Charakters zu berauben und unter dem Deckmantel des Begriffes „gesamtdeutsche“ ihren antihumanen Einfluß auch auf das wissenschaftliche Leben in der DDR auszudehnen. So besteht die Dialektik der gegenwärtigen Situation gerade darin, daß, um zu normalen Wissenschaftsbeziehungen, d. h. wirklich echten wissenschaftlichen Verbindungen auch mit Westdeutschland und anderen kapitalistischen Staaten zu gelangen, all jene „Wissenschaftsbeziehungen“ ein Ende bereitet werden mußte, die fortlaufend zur Bekämpfung und Schädigung unserer Republik ausgenutzt wurden. „Die Zusammenarbeit mit Organisationen und Gesellschaften ... die versuchen wollen, uns zu bevormunden, die uns nicht als Gleichberechtigte anerkennen, müssen wir ablehnen, weil dies unter unserer Würde ist, weil dies staatspolitisch wie auch wissenschaftlich untragbar ist.“

guter Deutscher, als Patriot der deutschen Nation betrachtet werden, der mit dem Antikomunismus bricht und sich bemüht, die historische Rolle der DDR zu begreifen, der dem westdeutschen Imperialismus und Militarismus den Kampf ansagt, sich mit der Arbeiterklasse und allen Friedenskräften verbindet, der seine Feinde und seine Freunde in Deutschland klar erkennt und für eine Wende in der westdeutschen Politik aktiv eintritt. Nur in diesem Sinne und auf diesem Felde sind die friedlichen gesinnten Wissenschaftler Westdeutschlands, ohne Konzession an vorhandene bürgerliche Auffassungen, unsere Bundesgenossen.  
Mögen die Schritte unserer Republik zur Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges, zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und zur Regelung der Westberlinfrage unter ihnen die Erkenntnis wachsen lassen, daß sich das Kräfteverhältnis auch in Deutschland immer mehr zugunsten des Friedens und des Sozialismus verändert und daß es allerhöchste Zeit ist, den Bonner Militaristen gemeinsam in den Arm zu fallen.  
Wir sind der festen Überzeugung, und darum kämpfen wir, daß im Ergebnis des friedlichen Wettbewerbes beider Gesellschaftssysteme und auch der Wissenschaftseinrichtungen in Deutschland eine einheitliche Wissenschaft erstehen wird, für die heute bereits das Vorbild und die Basis existiert, die fortschrittliche Wissenschaft im ersten Arbeiter- und -Bauern-Staat Deutschlands.